

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Julika Sandt

Abg. Matthias Enghuber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Jan Schiffers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Markus Plenk

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Johannes Becher

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Tanja Schorer-Dremel

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion**

**"Perspektiven für Kinder und Jugendliche in der Pandemie: Freiheit, Zukunft, Mitbestimmung"**

Wie immer gilt das übliche Prozedere: Jeder hat 5 Minuten, respektive 10 Minuten Redezeit, wenn jemand darauf verzichtet. – Die Kollegin Julika Sandt beginnt. Bitte schön.

**Julika Sandt (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Früher haben sich die Kinder noch über einen Apfel gefreut. – Ich denke, diesen Spruch haben viele von uns als Kinder mal zu hören bekommen. Ich habe im Januar ein Kind gehört, das gesagt hat: Ich wünsche mir, dass nur ein anderes Kind, eine beste Freundin zu meinem Kindergeburtstag kommt. – Früher ging Armut durch den Bauch. Heute geht Kinderarmut durch die Seele. Das soziale Leben, die psychische Gesundheit, die Bildungsgerechtigkeit – all das ist weit über ein Jahr auf der Strecke geblieben. Die Staatsregierung ist hier mit ihrer Politik gescheitert.

Die Schulen wurden als Erstes geschlossen und als Letztes geöffnet. Noch heute wird darüber gestritten, wo Kinder Masken tragen müssen. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hat Anfang der Woche in einer Stellungnahme geschrieben: Manche Kinder und Jugendliche werden wahrscheinlich langfristig von den Belastungen und erlittenen Defiziten begleitet. – Die Uni Frankfurt hat am Montag die Wirkung des Distanzunterrichts mit den Worten beschrieben: "Stagnation mit Tendenz zu Kompetenzeinbußen". Das kann man eigentlich auch eins zu eins auf die Politik der Staatsregierung anwenden. Liebe Staatsregierung, aber keine Sorge, wir erteilen Ihnen Nachhilfe. Legen Sie also die Handys mal weg, und schreiben Sie mit; denn am Ende der Legislaturperiode werden wir Sie danach benoten.

Kinder und Jugendliche brauchen jetzt ein Sprungbrett raus aus der Krise. Sie brauchen drei Dinge. Erstens brauchen sie mehr Jugendbeteiligung. Hätte man Kinder und

Jugendliche mal gefragt, wäre es wohl kaum passiert, dass sie morgens im Sportunterricht auf dem Sportplatz keine Masken tragen müssen, dieselben Kinder auf demselben Sportplatz nachmittags in der Mittagsbetreuung aber schon. Wenn man Wechselunterricht mit Notbetreuung hat und in der Notbetreuung Kinder aus allen Klassen einer Schule zusammensitzen, dann fragen einen die Kinder schon: Was soll das jetzt bringen? – Da wäre doch ein fester Unterricht im Klassenverband jeden Tag sehr viel sinnvoller. Aber man hat sie nicht gefragt. Man hat sie nicht gehört.

An der fehlenden Beteiligung während der Pandemie können wir jetzt nichts mehr ändern. Wir können das Rad nicht mehr zurückdrehen. Aber wir sollten jetzt wirklich die Strukturen schaffen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung fest verankert und zum Standard wird, auch politisch. Erst Anfang Mai gab es im Ausschuss für Sozialpolitik eine Anhörung zum Thema Jugendbeteiligung. Da wurde der Staatsregierung und uns natürlich auch ein ganzer Batzen Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben.

Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Kinder und Jugendliche müssen schließlich die Suppe auslöffeln, die wir ihnen heute einbrocken. Sie brauchen einfach eine stärkere Stimme. Das ist längst überfällig. Wir fordern weiter einen Jugendcheck: dass Gesetze auf Jugendauglichkeit gecheckt werden, so wie das auf Bundesebene schon passiert. Das brauchen wir auch auf Landesebene. Wir brauchen starke Jugendparlamente und das Recht auf altersgerechte Bildung und Beteiligung. Wenn das schon nicht im Grundgesetz steht, sollte es in der Bayerischen Verfassung stehen.

Zweitens wollen wir die psychische Gesundheit stärken. Es ist ein Unding, dass es Tri-age in der Kinder- und Jugendpsychiatrie gab. Das heißt, wer depressiv ist, wird nicht behandelt. Nur wer akut suizidgefährdet ist, wird behandelt. Hier erwarte ich, dass die Staatsregierung aktiv mit der Selbstverwaltung Gespräche führt. Oft ist das Problem auch durch finanzielle Maßnahmen gut zu bewältigen. Die psychische Gesundheit muss auch Eingang in die Schulen finden. Sie muss aus der Tabuecke herausgeholt

und genauso wie Bewegung und gesunde Ernährung in der Schule mit verankert werden.

Neben der Beteiligung und der Stärkung der psychischen Gesundheit fordern wir drittens eine Initiative für die frühkindliche Bildung. Schuleingangsuntersuchungen, die ohnehin viel zu spät durchgeführt werden, um noch etwas zu korrigieren, müssen wieder stattfinden. Ich habe einen Bericht über einen Sechsjährigen gelesen, der nicht wusste, was ein Traktor ist. Der Sechsjährige kannte aber alle möglichen Begriffe aus Computerspielen. Das ist jetzt ein Ergebnis der Politik der letzten zwölf Monate. Wir brauchen ein Screening der Kinder. Wir müssen sofort individuell die Nachholbedarfe ermitteln und den Kindern helfen. Wir müssen auch die Vereine stärken. Wir brauchen ein Anreizsystem, damit Kinder aus sozial schwachen Haushalten von Vereinen angesprochen werden; denn Vereinsleben erhöht die Teilhabe und verbessert ganz entscheidend die Bildungschancen.

Ich hoffe, dass Sie alles mitgeschrieben haben. Jetzt kommt erst einmal Pause, aber später kommt vom Kollegen Fischbach hier die zweite Lehrstunde.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Als Nächster spricht der Kollege Matthias Enghuber für die CSU-Fraktion.

**Matthias Enghuber (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sandt, ich habe nicht viel mitgeschrieben, sondern in meinem Redemanuskript eher abgehakt, weil ganz viel von dem, was Sie uns jetzt erzählt haben, einfach schon erledigt oder auf dem Weg ist; das müssten Sie als Mitglied im Sozialausschuss eigentlich wissen. Ich finde es deshalb ein wenig seltsam, was Sie hier vorgetragen haben.

Die Corona-Pandemie hat die gesamte Gesellschaft hart getroffen – gesundheitlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich! Die Pandemie wird natürlich in allen Bereichen ihre

Spuren hinterlassen. Es ist an uns, dafür zu sorgen, dass diese Spuren so gering wie möglich bleiben, dass wir Probleme lösen und in Möglichkeiten verwandeln, dass wir das Vakuum, das vielleicht gerade im Bereich der Jugendlichen oft empfunden worden ist, durch Chancen füllen.

Ich möchte gleich zu Beginn einer oftmals verbreiteten Unwahrheit energisch entgegenreten: Es wird immer wieder gesagt, die Jugendlichen seien in den Verordnungen der Staatsregierung nur als Schüler vorgekommen. Dem war und ist natürlich nicht so. Auch wenn nicht immer alles optimal gelaufen sein mag – ich will das gar nicht in Abrede stellen –, müssen wir uns doch einmal mehr verdeutlichen, dass es um den Gesundheitsschutz auch von jugendlichen Mitgliedern unserer Gesellschaft ging und geht. Wer kritisiert, dass Jugendliche in den Verordnungen nur als Schüler vorkämen, der kritisiert vielleicht auch, dass Erwachsene zum großen Teil als Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorkommen. – Das sind einfach wesentliche Teile unseres Zusammenlebens, die eben gerade während der Pandemie ordentlich organisiert werden mussten.

Jugendliche haben während der Pandemie auf vieles verzichtet, sich aber auch solidarisch gezeigt und an vielen Stellen geholfen. Ich möchte dafür jetzt zum wiederholten Male ein großes Danke sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Kinder und Jugendliche nie aus dem Blick verloren. Wir haben im letzten Dreivierteljahr hier im Hohen Haus zwei große Plenardebatten geführt, hatten die Anhörung im Sozialausschuss, den Jugendgipfel des Ministerpräsidenten, die Beschlüsse im Kabinett, die Bemühungen unserer Sozialministerin Carolina Trautner und nicht zuletzt den ständigen Austausch der CSU-Landtagsfraktion mit diversen Jugendverbänden.

Aufgrund der sinkenden Inzidenzzahlen sind insbesondere seit dem 7. Juni viele Lockerungen möglich. Man kann wieder zusammenkommen. In den privaten Raum wie

auch in die Vereine ist viel Freiheit zurückgekehrt. Es gibt wieder Gruppenstunden, auch Teamsport ist wieder möglich.

Ich will trotzdem nicht verneinen, dass, was den außerschulischen Bereich angeht, Jugendliche natürlich – wie so viele – auch mit zu den Verlierern der Pandemie gehören. Gerade in der Jugend erscheint ein solches Jahr wie das vergangene als ein verlorenes Jahr: keine Partys, keine Abschlussfeiern, Familien standen unter besonderem Stress. Wir können – wie auch Sie, Frau Kollegin Sandt, gesagt haben – diese Zeit nicht zurückgeben.

Wir können uns aber bemühen, die Auswirkungen zu lindern. Hierzu arbeitet die Staatsregierung eng mit dem BJR zusammen, etwa bei der Einrichtung der digitalen Streetworker und der Stärkung von Freizeit- und Ferienangeboten. Für dieses und nächstes Jahr wurden für den digitalen Bereich, für Erziehungsberatung, für Familienberatung, für 70 zusätzliche JaS-Stellen und Programme mit den Jugendverbänden insgesamt 15 Millionen Euro zusätzlicher Mittel bereitgestellt. Für den Start in das Berufsleben sind Ausbildungsakquisiteure unterwegs, die Betriebe und Jugendliche zusammenbringen.

Für das Gelingen all dieser Maßnahmen ist der Austausch mit den Jugendlichen wichtig. Wir entwickeln hier zusammen mit der Staatsregierung starke Konzepte, um bei uns in Bayern die Jugendverbandsarbeit weiter zu stärken. Hier werden unverzichtbare, wertvolle Beiträge geleistet. Ich nenne als Beispiel nur die KLJB-Studie "Stadt. Land. Wo?", die sich fundamental überlegt, wie Jugendliche zur Rückkehr in den ländlichen Raum bewogen oder dort gehalten werden können.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement in den Verbänden stärken und mit mehr Wertschätzung versehen. Wir wollen, dass Jugendliche noch mehr Eingang in politische Prozesse finden. Nach der Kommunalwahl ist die Zahl der Jugendreferenten in vielen Kommunen erfreulicherweise gestiegen. Viele Gemeinden engagieren kommu-

nale Jugendpfleger. Allerorten entstehen Jugendparlamente und Jugendkreistage. – Das sind positive Entwicklungen, die wir auch auf die Landesebene übertragen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir sind uns dessen bewusst, welcher Schatz in den Erfahrungen, in den Ideen und im Engagement der jungen Leute steckt. Die Unterstützung unserer Jugend ist deshalb jede Anstrengung wert. Wir unternehmen diese Anstrengungen aus Überzeugung für Bayerns Zukunft. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Lettenbauer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg\*innen! Dramatische Musik, Senior\*innen erinnern sich an ihre Jugend: "Eine unsichtbare Gefahr bedrohte alles, woran wir glaubten, und das Schicksal dieses Landes lag plötzlich in unseren Händen."

Erinnern Sie sich an dieses Zitat und an diese Szene? – Es stammt aus einem Video der Kampagne "Besondere Helden" der Bundesregierung. Die Held\*innen dieser Krise sind die Kinder, sind die Jugendlichen; denn sie haben die vergangenen Monate am meisten verzichtet, haben am meisten gelitten und waren die größte Gruppe der Leidtragenden. Sie sind die Held\*innen dieser Corona-Zeit. Jetzt gilt es, etwas zurückzugeben – einen sorglosen Sommer für Kinder und Jugendliche!

Die Kinder und Jugendlichen haben auch den letzten Zweiflerinnen und Zweiflern eines bewiesen: Wir können ihnen vertrauen. Die bayerischen Kinder und Jugendlichen übernehmen auch in schwierigen Situationen Verantwortung. Trotzdem wird ihnen die Staatsregierung – und zwar fast nirgendwo – nicht gerecht.

Schauen wir einmal in die Dreizehnte Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Auch der Staatsregierung muss doch aufgefallen sein, wie wichtig die außerschulische Bil-

derung ist und wie sehr diese coronabedingt gelitten hat. Trotzdem gibt es kein einheitliches Regelwerk, das für alle Akteur\*innen der Jugendarbeit einsehbar und verständlich wäre.

Das Einzige, was man vonseiten der Staatsregierung dazu findet, ist § 22 der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Dort geht es zwar in wenigen Sätzen um die außerschulische Bildung. Diese wird dort aber im gleichen Atemzug mit Hundeschulen genannt.

Liebe Kolleg\*innen in den Regierungsfractionen, liebe Staatsregierung, das wird dem Thema doch schlichtweg nicht gerecht. Das müssen Sie doch auch sehen.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung wieder einmal völlig missachtet wurden. Ist das die richtige Art, mit Held\*innen umzugehen? – Ich finde nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es braucht für die Jugendarbeit endlich ein Rahmenkonzept und einen Leitfaden. Es braucht ein klares und abgestimmtes Konzept, das die Bedürfnisse der Akteurinnen der Jugendarbeit in den Vordergrund stellt und einen ganz klaren Rahmen setzt. Das würde für alle Betroffenen endlich die nötige Sicherheit und Verlässlichkeit schaffen.

Natürlich gab es Absprachen mit den Ministerien. Diese Absprachen sind aber nur für sehr wenige Leute einsehbar; ständig muss nachgefragt werden. Die Kreisverwaltungsbehörden – genauso die Vereine und die Träger vor Ort – müssen erst einmal eine große Recherche ansetzen. Aber nicht nur die: Es gibt auch außerhalb von Bayern Jugendverbände, die beispielsweise im Bayerischen Wald ein Zeltlager machen wollen. Wie sollen die an Regelungen kommen, ohne erst einmal in den Behörden-dschungel zu geraten?

Auch wir haben mehrfach Anfragen bekommen, ob beispielsweise die 10-Personen-Regel auch für die Jugendarbeit gelte. – Hier herrscht derzeit Verwirrung. Es gibt



keine klare, transparent einsehbare Regelung. Es wäre hier zum Beispiel sehr, sehr wichtig, klar zu kommunizieren.

Als Nebenbemerkung muss ich sagen, dass ich es für falsch halte, hier die 10-Personen-Regel anzuwenden. In festen Jugendgruppen sollte es auch eine Erlaubnis für größere Gruppengrößen geben. Jugendliche können Verantwortung übernehmen, sie haben sich unser Vertrauen verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir den Komplex Jugend unter einem erweiterten Blickwinkel betrachten, dann stellen wir fest: Hier liegt einiges im Argen. Wenn man sich die Politik der Staatsregierung und der Regierungsfractionen ansieht, könnte man meinen, Jugendbeteiligung sei ein Luxus. Das ist sie aber nicht. Jugendbeteiligung ist ein Menschenrecht. Wir als Bayerischer Landtag sind dazu verpflichtet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Jugendbeteiligung überall möglich wird. Echte, wirksame Jugendbeteiligung ist ein Schlüssel zur Stärkung und zur Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Sie bedeutet, die Rechte, Bedürfnisse, Interessen und Meinungen der Jugendlichen endlich ernst zu nehmen. Liebe Kolleg\*innen, bloße Worte reichen hierfür nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen auf allen politischen Ebenen. Wir brauchen eine verbindliche Gesamtstrategie für die Jugendbeteiligung, die einen Rahmen für die konkreten Einzelmaßnahmen vorgibt. Die Staatsregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Gelder, die im Aufholprogramm des Bundes beispielsweise für die außerschulische Jugendarbeit an die Länder ausgeschüttet werden, zügig bei den Trägern ankommen.

Es kann aber nicht nur darum gehen, die Versäumnisse der letzten eineinhalb Jahre wieder aufzuholen und danach wieder zum vergangenen Status quo zurückzukehren. Wir brauchen eine langfristige Strategie, die nicht nur aufholt, sondern die Jugendbe-

teiligung und die Jugendarbeit ausbaut. Bayern muss hier vorangehen und die Bundesregierung in die Pflicht nehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur so werden wir unseren Held\*innen gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen bei parlamentarischen Vorhaben viel stärker aus der Perspektive der Jugendlichen denken. Viele Entscheidungen bei den anstehenden Themen – der Klimaschutz, die Klimaanpassung, die Generationengerechtigkeit, der soziale Zusammenhalt, die sich verändernde Wirtschaft oder anderes – bedeuten Weichenstellungen nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für die nächsten Generationen. Wertschätzung heißt in dem Fall vor allem eines, nämlich nicht ignoriert zu werden, sondern angehört und mitgenommen zu werden.

Wir GRÜNEN reihen uns deswegen in die große Gruppe derjenigen ein, die einen verbindlichen Jugendcheck fordern, bei dem sich Vertreter\*innen der Jugendverbände beteiligen und bei dem sich die Jugendlichen selbst beteiligen können. Wir fordern das seit vielen Jahren. Wir sind das der Jugend in Bayern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir mehr aus der Perspektive der Jugend auf politische Vorhaben schauen, dann sehen wir zum Beispiel, dass es auch im kulturellen Bereich Punkte gibt, die nachgeholt werden müssen. Besonders die Jugendlichen haben im Bereich der Kultur und Subkultur zurückstecken müssen. Seit 461 Tagen sind Freizeiteinrichtungen, Clubs und Musik-Locations geschlossen. Gleich zu Beginn der Pandemie wurden die Jugendlichen der kulturellen Orte der Nachtkultur beraubt, die untrennbar mit ihrer Identität und ihrem Lebensgefühl verbunden sind.

Für Kulturbegiertere allen Alters ist es jetzt wichtig, öffentliche Plätze, Straßen und Parks für die Kultur zu öffnen. Natürlich muss dabei auf Abstand und Hygiene geachtet werden. Auch in Innenräumen muss Kultur mit den mittlerweile ausgereiften Kon-

zepten möglich sein. So helfen wir nicht nur der Kulturbranche, sondern so können wir unseren Held\*innen ein Stück Jugend zurückgeben. Sie brauchen diesen Freiraum ganz dringend für ihre persönliche Entwicklung, ihre Entfaltung und, ja, auch wegen der monatelangen Abstinenz.

Die Strategien der Staatsregierung sehen für dieses Jahr noch recht dürftig aus. Die bayerische Jugend hat bewiesen, dass sie verantwortungsvoll und vorausschauend handeln kann. Eine Vorausschau sehe ich in der Strategie der Staatsregierung aber nicht. Ich habe bisher von keiner Strategie gehört, wie die Staatsregierung im Herbst weitermachen möchte.

Wir alle hoffen, dass die Impfungen im Herbst bei den Erwachsenen durchschlagen. Wir beobachten parallel aber auch, wie sich die Delta-Variante in Bayern immer weiter verbreitet, eine Variante, die auch bei jungen Menschen zu schweren Verläufen und Krankenhausaufenthalten führt. Sie ist noch ansteckender als die bisherigen Varianten. Wer wird deswegen im Herbst der Leidtragende sein? – Ich kann es Ihnen sagen: die Gruppe der Kinder und Jugendlichen; denn die Alten sind dann ja schon geimpft.

Auch ich freue mich über mehr Kontakte, Lockerungen und darüber, wieder Zeit im Biergarten zu verbringen. Für viele Menschen ist das Leben im Moment zwar ganz schön, sich darauf auszuruhen, geht aber nicht. Damit werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Wir brauchen auch hier Strategien, und zwar nicht erst, wenn es zu spät ist, sondern diese Strategien müssen wir jetzt entwickeln. Wir müssen uns fit machen für den Herbst.

"Held\*innen", "Verantwortung" und "Vertrauen" sind große Wörter mit noch größerer Bedeutung. Die bayerische Jugend hat in den vergangenen Jahren und vor allem in den vergangenen Monaten definitiv und schlichtweg noch Größeres und Großartiges geleistet.

Wir GRÜNE setzen uns schon immer für mehr Rechte, mehr Beteiligung und mehr Verantwortungsübertragung für und an Jugendliche ein. Wir wissen, wozu unsere Ju-

gend fähig ist. Wir bleiben genau deswegen auch bei unserer Forderung: Die Jugend muss endlich ab 16 Jahren eine Stimme haben. Das Wahlalter muss jetzt erst recht gesenkt werden. Wir müssen in allen Kommunen Jugendbeteiligung ermöglichen, ob in Jugendparlamenten oder Projektgruppen. Wir müssen in diesen Zeiten aber besonders auch auf die Psyche der Jugendlichen schauen und dafür mehr Familienberatungsstellen, Krisendienste und Beratungsangebote schaffen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Lettenbauer, denken Sie an Ihre Redezeit!

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Ich hoffe, dass wir gemeinsam den Weg gehen, die Jugendlichen jetzt endlich zu stärken und ihnen Priorität zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Gotthardt, bitte schön.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst einmal den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion ganz ehrlich für das ausgewählte Thema der Aktuellen Stunde. Aktuelle Stunden sind dazu da, um jenseits von Gesetzgebungsprozessen hier im Plenum einen Austausch und einen Wettbewerb der besten Ideen um wichtige Themen zu ermöglichen. Wir hatten schon andere Themen in der Aktuellen Stunde, die weniger wichtig waren, aber dieses Thema ist immer wichtig. Ein ehrliches Dankeschön für dieses Thema in der Aktuellen Stunde!

Ich bin überzeugt, dass wir für Kinder und Jugendliche gerade nach dieser Pandemie gar nicht genug tun können. Wir tun, was wir können, es gäbe aber immer mehr, was wir tun könnten. Wir bemühen uns, am Ball zu bleiben. Ich sage das jetzt als jugendpolitischer Sprecher, als Bildungspolitiker, als stellvertretendes Mitglied der Kinder-

kommission, aber auch als dreifacher Vater. Ich weiß, dass es wichtig ist, den Kindern in dieser schwierigen Phase ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Ich weiß aber auch, dass es für Politikerinnen und Politiker nicht einfach war, all diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es gab und gibt für diese Pandemie keine Blaupause, an der wir uns hätten orientieren können. Wir mussten alles diskutieren und neu erfinden. Wir haben das getan und uns auch der Jugend gewidmet.

Ich weiß, dass die Kinder und Jugendlichen in Bayern – darin schließe ich mich auch dem Vorredner und den Vorrednerinnen an – Heldinnen und Helden dieser Krise waren. Sie waren nicht etwa, wie andere sagen, Pandemietreiber. Nein, ihr wart wirklich Heldinnen und Helden. Ihr habt viel mehr als viele andere eure Lebenswelt in Schule und Freizeit einschränken müssen. Eure Freundschaften haben unter den Einschränkungen gelitten, aber ihr habt es verstanden und mitgemacht. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Kindern bei Schulbesuchen, dass ihr es verstanden und euch an die Regeln gehalten habt. Ihr habt damit einen ganz wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser Pandemie geleistet. Deswegen geht von der politischen Seite das Versprechen aus, euch, den Kindern und Jugendlichen in Bayern, für die Zeit nach der Krise eine Perspektive zu geben und euch priorisiert zu behandeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Kollegin Gabi Schmidt und ich teilen uns heute die Redezeit. Meine Kollegin wird nachher noch auf andere Bereiche eingehen. Ich konzentriere mich jetzt auf die Bereiche Schule und Jugendarbeit.

Ein Teil, der uns sehr wichtig war und zeigt, dass wir uns wirklich bemühen, die beste Lösung zu finden, ist die Debatte um die Maskenpflicht an den Schulen. Wir haben innerhalb der Koalition in dieser Frage gerungen. Ich glaube, das ist bei einem wichtigen Thema auch entscheidend. Wir haben es aber auch durchgesetzt.

Wir haben die klare Zusage des Kultusministers, dass wir im nächsten Schuljahr Präsenzunterricht abhalten wollen. Wir wollen dabei garantiert auch die hohen Standards des Infektionsschutzes an den Schulen weiterführen, ausbauen und fortentwickeln.

Wir haben umfassende Maßnahmen beschlossen. Allein 160 Millionen Euro sind für die Zusatz- und Unterstützungsangebote des Programms "gemeinsam.Brücken.bauen" vorgesehen. Dazu kommt noch ganz, ganz viel Zeit, die wir im nächsten Schuljahr an unseren Schulen investieren wollen, um neben den Lerninhalten auch eine "Ich-Zeit", eine "Wir-Zeit" zu haben. Wir wissen, wie wichtig jetzt die Persönlichkeitsbildung, aber auch die Gruppenbildung an den Schulen ist. Die Schule, das Klassenzimmer, ist der Ort dafür; dafür muss dann auch zeitlich der Raum geboten sein.

Wir haben uns auch der Jugendarbeit gewidmet. Anders als die Kollegin Lettenbauer gesagt hat, sind wir in stetem Austausch mit den Verbänden, mit dem Bayerischen Jugendring. Auch da ein dickes Danke dafür, dass wir es gemeinsam geschafft haben, diese Krise so gut zu meistern, dass ihr es mitgemacht habt, dass ihr euch immer konstruktiv eingebracht habt! Ich bin sicher, wir werden auch hier im Dialog weiter die Möglichkeiten, die Wege finden, um in eine Normalität zurückzukehren – nicht irgendwann, sondern schnell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was die Jugendbeteiligung betrifft: Ich habe selber in der Pandemie eine Kinder-sprechstunde online eingeführt, weil ich gemerkt habe, dass es wichtig ist, den Kindern selbst zuzuhören. Es ist interessant, welche Rückmeldungen von den Kindern kommen. Sie wissen sehr genau, was sie wollen und was ihnen wichtig ist. Deswegen tun wir auch gut daran, in Bayern auf allen Ebenen, wie wir es auch in unserem "JuBeL-Paket", also für mehr Jugendbeteiligung auf Landesebene, seitens der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion formuliert haben, die Jugendbeteiligung, und zwar die direkte, die ehrliche, nicht nur das Zuhören, sondern auch das Aufgreifen der Ideen der Kinder und Jugendlichen, weiter auszubauen. Wir sind da dran.

Ich war selber in Burglengenfeld Jugendbeauftragter und durfte ein Jugendparlament gründen. Ich bin deswegen auch überzeugt von der Idee, die Möglichkeiten zur direkten Jugendbeteiligung in Bayern auszubauen.

Wir haben den Vorschlag eingebracht, das Ganze durch eine bayerische Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung zu begleiten. Ich denke, da kommen wir auch mit dem Koalitionspartner auf einen guten Weg.

Ich würde sagen, dass wir auf dem Weg sind, in unserer Fraktion ein "JuBeL-Paket 2.0" unter besonderer Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen und der Folgen zu schnüren. Deswegen sage ich auch hier aus voller Überzeugung und mit dem konkreten Ziel: Wir wollen, –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** – dass das Jahr 2021 – und auch die folgenden Jahre – in Bayern ein Jahr der Jugend wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Jan Schiffers (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! "Perspektiven für Kinder und Jugendliche in der Pandemie" – die heutige Aktuelle Stunde rückt nochmals die Belange von Kindern und Jugendlichen in den Blickpunkt, ein wichtiges Thema, das zwar schon häufiger hier erörtert wurde, auch im Rahmen der Aktuellen Stunde, das aber auch immer wieder ins Plenum gehört, schon deshalb, da die Staatsregierung außer Lippenbekenntnissen,

medienwirksamen Gipfeln und schönen Sprüchen recht wenig für die Kinder und Jugendlichen tut und getan hat.

Schlagwort Pandemie: Stand heute, Stand 24.06.2021, kann meiner Meinung nach von einer Pandemie keine Rede mehr sein. Was im Herbst und in den kommenden Monaten in der kalten Jahreszeit kommt, ist offen. Doch Stand heute ist die Verwendung des Begriffs "Pandemie" meiner Meinung nach unzutreffend, zumindest sofern es um die aktuelle Situation geht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jede Problemlösung muss mit einer Analyse der Ist-Situation beginnen; hierzu gehört es auch, korrekte Begriffe zu verwenden, schon deshalb, um aus dem Panikmodus herauszukommen, der in den letzten Monaten geherrscht hat, bzw. um Angst und Panik gar nicht erst aufkommen zu lassen; denn Angst und Panik sind schlechte Ratgeber.

Kinder und Jugendliche waren und sind die großen Verlierer der letzten 15 Monate. Um es unmissverständlich zu sagen: Dies lag nicht an COVID-19, jedenfalls nicht in erster Linie, sondern dies lag und liegt in allererster Linie an zum großen Teil unverhältnismäßigen, zum Teil aber auch einfach unnötigen und unsinnigen Maßnahmen. Schuld an der unerträglichen Situation der Kinder und Jugendlichen in den letzten Monaten war die Lockdown-Krise, das Ergebnis schlechter, ineffektiver und unausgewogener Politik der Staatsregierung und auch der Bundesregierung.

Es ist schön und gut, und es ist auch wichtig, dass meine Vorredner darauf hingewiesen haben, dass es jetzt an der Zeit ist, Jugendverbandsarbeit, Jugendarbeit zu stärken. Diesen Baustein brauchen wir, das ist richtig. Aber das ist nicht das Entscheidende. Kinder und Jugendliche brauchen eine Rückkehr zur Normalität, also geregelte Tagesabläufe und feste Strukturen. Kinder und Jugendliche brauchen den Austausch mit Freunden und Familienmitgliedern. Sie brauchen Kultur, Musik, Gemeinschaftser-



lebnisse, Naturerlebnisse, Bewegung, Sport – ein ganz normales, geregeltes Vereinsleben.

Und Kinder und Jugendliche brauchen einen normalen Schulalltag; Kinder brauchen Bildung und Wissensvermittlung. Gerade in einem Land wie Bayern sind wir auf Bildung angewiesen, um bisherige Errungenschaften zu erhalten und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Kinder und Jugendliche brauchen die Schule aber auch als Raum der sozialen Interaktion. Das geht nur ohne Maskenzwang. Abgesehen von den körperlichen Beeinträchtigungen wie Kopfschmerzen und Konzentrationsschwäche ist der Maskenzwang bei Verhältnissen wie in den letzten Wochen – klimatisch und auch vom Infektionsgeschehen her betrachtet – schlichtweg schikanös und gerade für kleinere Kinder eine erhebliche Belastung.

(Beifall bei der AfD)

Die Handhabung der Maskenpflicht für Schüler durch die Staatsregierung steht exemplarisch für die Verhinderung eines normalen Schulalltags. Nur der massive Druck von Eltern, Schülern und der Opposition hat zu einem teilweisen Einlenken geführt. Wir als AfD haben uns seit langer Zeit gegen diese schädliche Maßnahme ausgesprochen, und wir treten weiterhin dafür ein, die Maskenpflicht für alle Schulen, nicht nur für Grundschulen, zu beenden.

Was Kinder und Jugendliche ausdrücklich nicht brauchen, was ihnen schadet, ist Zukunftsangst. Die Zunahme an Depressionen, an Essstörungen, an Angstzuständen und Zukunftsängsten liegt an dem unnötigen Ausnahmezustand der letzten Monate. Aber auch die Angstmacherei durch Regierung und Teile der Medien hat hierzu deutlich beigetragen.

So steht konkret zu befürchten, dass im Herbst, oder genauer gesagt: nach der Bundestagswahl, die bislang nachweislich gescheiterte Corona-Politik wiederholt wird und

die gleichen Fehler wieder gemacht werden. Die Menschen werden schon jetzt vorsorglich in Angst versetzt; diesmal ist die sogenannte Delta-Variante das Schreckgespenst. Ein mittlerweile gut eingespieltes Team aus Regierungspolitikern, ausgewählten Wissenschaftlern und Medien arbeitet schon daran, die sogenannte vierte Welle herbeizureden und herbeizuschreiben.

Zu einer guten Perspektive für Kinder und Jugendliche gehört auch, diese von Impfungen mit bislang nicht erprobten mRNA-Impfstoffen zu verschonen – bislang nicht ausreichend erprobten mRNA-Impfstoffen; ich habe mich hier versprochen, ich bitte um Entschuldigung.

Jede Form von mittelbarem Zwang, jede Form von Druck zur Impfung von Kindern ab zwölf Jahren hat zu unterbleiben; unsere Kinder sind schließlich keine Versuchskaninchen. Wir als AfD werden uns solchen Tendenzen jedenfalls entschieden entgegenstellen.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes" – so steht es in der Bayerischen Verfassung –, Schatz und Ressource zugleich. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Schutz, auf Förderung, auf Freizeit und Spiel und Beteiligung – so festgeschrieben in der UN-Kinderrechtskonvention. Beiden Grundsätzen ist die Staatsregierung in den vergangenen eineinhalb Jahren nicht wirklich gerecht geworden – im Gegenteil: Kinder und Jugendliche haben die Hauptlast der Pandemie getragen. Diesen Eindruck haben nicht nur die Heranwachsenden selbst. Die uns vorliegenden Erkenntnisse sprechen eine eigene, traurige Sprache.

Die Kinder einer Nachbarin fragen mittlerweile morgens als Erstes: "Mama, welche Inzidenz gibt es denn heute?", weil sie genau wissen, dass diese eine Zahl darüber entscheidet, ob sie ihre Freunde sehen können, ob die Kita und die Schule geöffnet haben oder ob sie nachmittags auf dem Fußballfeld toben können. Welch trauriger Einstieg in den Tag für kleine Kinder! Normalität erleben Kinder und Jugendliche seit über einem Jahr nicht mehr. Kids first! – Das war ein schönes Schlagwort; umgesetzt wurde es in Bayern leider nur sehr mangelhaft.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Staatsregierung, wenn Sie schon all unsere Anträge ablehnen, so entwickeln Sie bitte einen eigenen Fahrplan. Es muss andere Konzepte geben als die Schließung!

(Beifall bei der SPD)

Kinder und Jugendliche müssen nun absolut im Fokus stehen. Bisher war das Gegenteil der Fall. Zuletzt wurden sogar für Hundeschulen klare Vorgaben gemacht; die Jugendarbeit sucht man aber in der Verordnung des Freistaats vergeblich. Das ist ein Witz. Eine Öffnung der Kitas erfolgte letztes Jahr sogar erst nach der Bundesliga und nach den Biergärten. Das verstand kein Mensch.

Noch immer gibt es kein klares Konzept für die Zeit nach dem Sommer. Wie will Bayern vorgehen, wenn die Delta-Variante weiter um sich greift? – Das, Kollegen von der AfD, ist keine Angstmacherei. Wohin geht die Reise? – Gehört haben wir hierzu ziemlich wenig. Das Ziel muss sein, einen weiteren Lockdown von Kindern und Jugendlichen schlichtweg fernzuhalten. Weitere Schließungen können wir uns definitiv nicht mehr leisten.

(Beifall bei der SPD)

Jede geplante Maßnahme muss künftig vorher mit der Frage auf den Prüfstand: Was macht das mit unseren Kindern und Jugendlichen? Schwierige Entscheidungen dürfen nicht weiter aufgeschoben werden. Das müssen uns die Kinder und Jugendlichen wert

sein. Wir müssen alles, Kolleginnen und Kollegen, aber auch wirklich alles dafür tun, jetzt Kindern und Jugendlichen Normalität zu ermöglichen. Kitas und Schulen, Jugendtreffs, Sportvereine und Musikschulen müssen künftig offen bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Eine erneute Schließung ist ein absolutes No-Go im Sinne der Kindergesundheit. Laut COPSY-Studie hat sich die Zahl der Kinder mit psychischen Erkrankungen verdoppelt. Die Zahl der Misshandlungen sowie der Kinder mit Gewalterfahrungen ist im vergangenen Jahr um über 10 % angestiegen – für mich ein absolutes Alarmsignal. Die Praxen von Kinder- und Jugendpsychologen sind voll. Sie wissen: Angst, Essstörungen und Depressionen sind jetzt weiter verbreitet als zuvor. Das Problem ist: Die Versorgungsstruktur reicht bei Weitem nicht. Ich will nicht Schwarzmalerei betreiben, Herr Kollege; man kann es aber nicht schönreden. Es ist einfach so. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen in den Fokus nehmen. Deshalb ist für uns als SPD auch ganz klar: Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, auch in der Krise.

(Beifall bei der SPD)

Die Zeit reicht heute nicht, um alle Initiativen aufzuführen, die wir als SPD-Landtagsfraktion eingebracht haben. Lassen Sie uns aber in die Zukunft blicken: Wir brauchen ein komplettes Maßnahmenpaket, um sicherzustellen, dass nach der Sommerpause – und die wird bald sein – Kitas und Schulen sichere Orte sind. Wir brauchen mehr Anlaufstellen. Wir brauchen Beratung für die Kinder und Jugendlichen. Dies geht bis hin zu mehr Beteiligung. Zum Thema Absenkung des Wahlalters wurde vorher schon einiges gesagt.

Wenn Kinder nicht ausreichend Fürsorge bekommen, können sie depressiv werden. Das müssen wir ernst nehmen, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb muss alles unternommen werden, um Kita- und Schulschließungen im Herbst zu verhindern. Sehr geehrte Staatsregierung, hier sind primär Sie in der Pflicht. – Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Letzte Woche meinte der Staatskanzleiminister noch, die Maskenpflicht an bayerischen Schulen wäre geeignet und verhältnismäßig, ohne auch nur ein einziges brauchbares Sachargument dafür vorzutragen – vermutlich deshalb, weil es gar kein Sachargument dafür gibt. Nach wie vor haben es die CSU-Verantwortlichen versäumt, eine Datenbasis zur Ableitung von geeigneten politischen Maßnahmen zu schaffen.

Ergebnis dieser desaströsen Politik: Kollateralschäden, die den Nutzen der Maßnahmen um ein Vielfaches überschreiten; Kollateralschäden, die noch weit in die Zukunft hineinwirken werden; Kollateralschäden, die vor allem die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen belasten. Ich frage mich seit Anbeginn dieser Pandemie: Warum machen unsere Regierenden das? – Es wird immer klarer, dass Opportunismus die Haupttriebfeder hinter diesem perfiden Treiben ist. Skrupellose CSU-Masken-Dealer, die sich auf Kosten des Steuerzahlers die Taschen füllen, sind dabei nur die Spitze des Eisberges.

Könnten unsere Kinder und Jugendlichen über die Corona-Politik mitbestimmen, wäre die Politik sicherlich eine andere. Freiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser höchstes Gut, nicht nur für Kinder und Jugendliche. Die Feinde der Freiheit kommen heute vor allem schwarz, rot und grün daher. Ich bin mir sicher, dass dies unsere Kinder und Jugendlichen bereits erkannt haben und Sie, vor allen Dingen von der CSU, in Zukunft den politischen Preis dafür bezahlen werden.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Mittlerweile gibt es mehrere Studien zu Entwicklungen in der Pandemie, die Kindern und Jugendlichen gewidmet sind und die sicher beweisen, dass, wie auch bei Erwachsenen, psychische Veränderungen und Reaktionen auftreten können. Ich habe hier aber bei der einen oder anderen Rede schon den Eindruck, dass wir unsere Kinder krankreden. Damit sollten wir vorsichtig umgehen. Ich erlebe das etwas anders. Es ist richtig, dass Kinder beeinträchtigt sind – das bestätigen auch die Lehrkräfte, die Eltern und natürlich auch die Fachärzte –, aber es ist nicht so, dass die Schäden irreparabel sind. Wir wissen, dass Kinder schneller als Erwachsene auf neue Situationen reagieren und sich meist wieder ändern, wenn sie in einen erwünschten Lebensrhythmus zurückkommen. Dies ist jetzt geschehen.

Umso wichtiger war es, dass nun endlich die Rückkehr in die Schulhäuser ermöglicht werden konnte. Der Distanzunterricht ist zu Ende, auch wenn dieser in den höheren Jahrgangsstufen und bei guter Ausstattung im Laufe der vergangenen Monate besser lief. Gleichzeitig gab es viele Kinder – das wissen wir zur Genüge –, die mangels Endgeräten, mangels WLAN oder auch mangels entsprechender Unterstützungsmöglichkeiten durch Familienmitglieder gehandicapt waren.

Frau Kollegin Sandt, ich möchte auf die Studie zu sprechen kommen, die Sie genannt haben. Diese stammt nämlich aus dem Jahr 2020. Damals lagen noch gar keine ausreichenden Erfahrungswerte über die Qualität und das Funktionieren des Distanzunterrichts vor.

Unabhängig von Alter und Schulart wird die Schule jetzt aber wieder – wir sollten uns der Zukunft widmen – als ein Gemeinschaftserlebnis wahrgenommen. Ich danke jetzt schon allen Schulfamilien für ihren verantwortungsbewussten Einsatz. Auch unsere Fachkräfte in der Jugend- und Schulsozialarbeit sind jetzt sehr, sehr wichtig. Ich bin für jede Investition dankbar, die wir in den letzten Jahren vorgenommen haben. Ob auf dem Schulweg, ob in der Pause, ob an den Lernstationen oder in der Gruppenarbeit: Die so lange vermissten sozialen Kontakte mit Gleichaltrigen und natürlich auch mit

den wichtigen Bezugspersonen gehören jetzt wieder zur Normalität, zum Alltag und verstärken dadurch auch die Motivation und die Leistungsbereitschaft.

Durch das Kultusministerium haben wir jetzt mit dem Konzept "gemeinsam.Brücken.bauen" zeitnah die geforderten Hilfen zum Schließen von Lernlücken und zum Auffrischen von Lerntechniken auf den Weg gebracht. Ich möchte das sehr loben. Wie ich höre, läuft dies auch einigermaßen gut. Ich persönlich war etwas skeptisch. Wenn so etwas angekündigt wird, ist die Aufregung an der Schulbasis und bei unserer Lehrerschaft anfänglich immer groß. Das Konzept läuft aber, und wir sollten es weiterhin gut beobachten. Wir brauchen auch im kommenden Schuljahr einen Nachschub, da wir diese Zusatzmaßnahmen nicht so schnell beenden werden können.

Ich möchte auch auf die Einführung des kompetenzorientierten LehrplanPLUS zu sprechen kommen. Sie sprechen von Mitbestimmung und von Freiheit. Wir haben mit dessen Einführung dafür gesorgt, dass politische Bildung einen höheren Stellenwert bekommt und für die Schulen zu einem fachübergreifenden Bildungs- und Erziehungsauftrag wird. Ich meine, gerade in der Phase der Pandemie, in der wir uns so viele Verschwörungstheorien anhören mussten, ist es wichtig, dass auch die Kinder und Jugendlichen in entsprechender Weise gebildet, betreut und unterstützt werden. Dies läuft meines Erachtens auch gut.

Wir haben zwar diese neu angedachte Struktur der Schulversammlung im vergangenen Jahr nicht einführen können, weil uns eben die Pandemie ausgebremst hat, aber idealerweise laufen diese demokratischen Grundmuster an unseren Schulen und in unseren Klassenzimmern. Es gibt Klassen- und Schülersprecher und eine Schülermitverwaltung. Seit 2008 haben wir den Landesschülerrat im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankert. Darin sind alle Schularten abgebildet. Das ist auch sehr wichtig. Ich gehe davon aus, dass wir auch mit der Initiative "Demokratie leben!" hier noch gut vorwärtskommen. Es ist genug Geld eingestellt. Schulen, Jugendverbände und Kommunen sind ideale Partner, die sich zusammenfinden. Wir kommen daher gut in die Richtung, in die Sie mit der Aktuellen Stunde gehen möchten.

Es wurde auch der Freizeitbereich genannt. Hier gibt es noch eine kleine Brücke zur Schule: Die Mittel für Sport-nach-1 wurden auch in diesem Jahr noch einmal deutlich erhöht. Hier möchten wir vor allem die Schwimmkurse fördern. Insgesamt müssen wir sagen: Wir leben in einem freien Land. Wir arbeiten auch nach demokratischen Spielregeln.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Wir haben eine gute wirtschaftliche Lage. Daher können wir uns gute Maßnahmen leisten, die auch wirken werden. Danke an alle, die sich hier engagieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Als nächster Redner hat nun der Kollege Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe hier gehört: Kinder sind Chefsache. Sie sind nach der Bayerischen Verfassung das köstlichste Gut eines Volkes; Kollegin Rauscher hat es schon angesprochen. "Köstlichst" klingt nach Priorisierung. Ich habe auch folgenden Satz gehört: Die Schule macht als Letzte zu und als Erste auf. Die bittere Praxis zeigt: Der Baumarkt und vieles andere war Ihnen wichtiger. Echte Priorisierung zugunsten der Kinder und Jugendlichen hätte anders aussehen müssen. Das haben Sie nicht geleistet. Das muss man doch ganz deutlich sagen. Für die Zukunft heißt das: Es darf keine weiteren Schließungen von Kitas und Schulen geben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich möchte auch nicht nur über die Pandemie sprechen, sondern den Blick auch ein bisschen in die Zukunft schweifen lassen, weil wir diese noch verändern können. Ins-



besondere möchte ich auf das Thema des Kinderschutzes eingehen. Meine Vorrednerin hat gerade gesagt, es gäbe keine irreparablen Schäden bei Kindern. Ich weiß nicht, woher der Optimismus kommt, für jedes einzelne Kind zu sprechen. Gestern kam die Nachricht, dass im letzten Jahr, in dem man die Kinder kaum gesehen hat, weil sie nicht in den Einrichtungen waren, über 3.300 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen werden mussten. Das ist eine ziemlich große Zahl. Die Dunkelziffer ist mit Sicherheit erheblich.

Was ist der häufigste Grund für Kindeswohlgefährdungen? – Es ist die Überforderung. Es ist nicht die böse Absicht, sondern es ist die Überforderung. Die Familien waren in der letzten Zeit mit Homeschooling, Homeoffice, einer vielleicht schwierigen wirtschaftlichen Lage und vielleicht der Problematik, dass die Eltern selbst psychische Probleme hatten, ganz extrem gefordert. Dann spielen Kinder immer eine Rolle.

Es muss uns also gelingen, die Familien zu entlasten, um sie mit dieser Überforderung nicht alleinzulassen. Das ist das Entscheidende, wenn wir an den Kinderschutz in Bayern denken. Wir haben sehr viele, vielfältige und ausdifferenzierte Angebote. Es ist oft so, dass es Angebote für einzelne Probleme gibt. Ich frage mich aber immer: Wer begleitet eigentlich die Familien, die multiple Probleme haben? Haben wir gute Angebote, und haben wir ein Netz, das trägt? – So genau weiß das gar keiner. Das müsste man ja evaluieren, untersuchen und hinterfragen. Wir haben dafür einmal einen Kinderbeauftragten bzw. eine Kinderbeauftragte ins Spiel gebracht, die beim Bayerischen Landtag angesiedelt sein könnte und diese verschiedenen existierenden Angebote vernetzt, bündelt und zusammenbringt, damit künftig jedes Kind eine gute Kindheit in Bayern hat. Das ist eine Vision. Das ist aber ein Anspruch, den wir an uns stellen sollten. So könnte auch auf die ganz erheblichen Versorgungslücken in Bayern aufmerksam gemacht werden.

Die COPSYS-Studie ist im Bereich der psychischen Erkrankungen vielfach zitiert worden. Wir hatten aber auch vorher sehr viele Kinder mit psychischen Belastungen. Wir haben in Bayern nur 170 Kinder- und Jugendpsychiater und nur 800 Kinder- und Ju-

gendpsychotherapeuten. Man braucht sich also nicht zu wundern, dass die Kinder und Jugendlichen monatelange Wartezeiten haben. Was bedeuten monatelange Wartezeiten für Kinder und Jugendliche? – Wir haben ein Versorgungsproblem im Bereich der psychiatrischen Versorgung. Daran müssen wir im Sinne der Kinder und Jugendlichen und der Familien dieses Landes arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – In der Bayerischen Verfassung gibt es dazu noch zwei bis drei weitere Sätze. Man fragt sich: Fehlt hier nicht noch etwas? – In der jetzigen Fassung der Bayerischen Verfassung fehlt doch eine eindeutige Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern in allen sie betreffenden Belangen. Ein klares Bekenntnis zum Vorrang des Kindeswohls fehlt. Hiermit hinkt also die Bayerische Verfassung sogar den Ansprüchen der UN-Kinderrechtskonvention hinterher. Am 3. August 2016 hat das Kabinett das auch schon erkannt. Es heißt: "Wir haben in St. Quirin beschlossen, die Kinderrechte explizit im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung zu verankern." Die Verankerung im Grundgesetz ist erst vor Kurzem gescheitert; hier regiert auch die CSU im Bund mit. In der Bayerischen Verfassung ist in den letzten fünf Jahren nichts passiert. Wo sind hier die Kinderrechte? Wo ist hier die höchste Priorität? Wo ist die Chefsache? – In Worten gibt es sie, in Taten nicht immer. Meine Damen und Herren, für die Zukunft im Sinne der Kinder und Jugendlichen in Bayern gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabi Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst zum Kollegen Schiffers, der gesagt hat, die Pandemie sei der falsche Begriff und die falsche Bezeichnung. Das "für" in Ihrer Parteibezeichnung ist auch falsch. Das wollte ich Ihnen bloß sagen.

(Unruhe)

Danke für dieses Thema. Unsere Kinder sind natürlich die Helden dieser Krise. Für ein Kind, das jeden Tag Neues entdeckt, ist diese Stagnation natürlich ein Riesenproblem gewesen; das betrifft besonders die Kleineren. Ich habe es bei meinen Enkelkindern gesehen. Wenn heute jemand an den Gartenzaun kommt und sie anspricht, dann fremdeln sie. Kinder haben sich in der Pandemie komplett anders entwickelt. Es ist für uns, die das anders kennen, schwer zu ertragen und anzusehen.

Wenn wir über Kindermitsprache, den Zukunftsblick der Kinder und das, was Sie vorhaben, sprechen wollen, dann müssen wir endlich über die vorhandenen Werkzeuge reden, die es schon lange gibt. Es gibt die Schülermitverwaltung und Mitsprachemöglichkeiten. Es gibt aber viele Schulen, die das trotz eines Schreibens des Kultusministeriums schon lange vor der Pandemie nicht regelmäßig umsetzten. Es gab das Werkzeug des Schulforums, das auch digital in der Pandemie oft nicht benutzt wurde. Es gibt in Zusammenarbeit mit unseren Partnern der kommunalen Familie das Werkzeug der Jugendparlamente vor Ort. Wissen Sie, wie wenige Kommunen das in Bayern umsetzen und wie unstetig das umgesetzt wird? – Frau Sandt, wir müssen hier nicht den Zeigefinger erheben, sondern uns selbst vor Ort darum kümmern, dass es gemacht wird. Es gibt sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von den FREIEN WÄHLERN, die das auch umsetzen. Man muss im Kreistag darauf hinwirken, mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen und gute Beispiele aufzeigen.

Eines wollte ich Ihnen noch mitgeben: Der erhobene Zeigefinger wirkt schon bei Kindern nicht, erst recht nicht, wenn er unberechtigt ist. Ich wollte Ihnen eines sagen: In Ihrer Zeit der Regierungsbeteiligung gab es keinen einzigen Antrag der FDP zu Kinder- und Jugendbeteiligungen. Da muss man bitte Vorbild sein und gute bestehende Systeme unterstützen und mit voranbringen.

Wenn es um unsere Kinder und psychologische Betreuung geht: Ja, wir haben eine Lücke. Aber das können wir nicht nur von hier aus regeln. Minister Sibler weiß um die

Frage der Studienzugänge, um die lange Ausbildungszeit und um die Verteilprobleme. Ich habe mich vor Ort umgehört, Frau Sandt. Das Problem ist nicht bloß, dass wir wenige Leute haben, die diesen Beruf ausüben wollen, sondern dass in dieser Zeit auch die Gruppentherapien weggefallen sind. Deshalb kam noch mehr Druck. Die Kinder konnten nicht in der Gruppe miteinander über etwas sprechen, weil sie uns geschützt haben.

Liebe Doris Rauscher, es war natürlich nicht hilfreich, wenn man Kinder schützen und wertschätzen will, dass man sich auf Bundesebene nicht einigen konnte, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

(Zuruf)

– Ja. – Alle, die da dabei waren, müssen sich an die Nase fassen. Wir können hier nicht nur darüber reden. Dann setzen wir uns doch zusammen und lernen aus dieser Krise, aus dieser Pandemie, Herr Kollege! Niemand hat Corona mit einem Beschluss bestellt, sondern das ist eine Krankheit, die diese Welt heimgesucht hat. Das Virus können wir nicht verändern, aber uns als Menschen und unser Handeln können wir verändern. Es bringt auch nichts, wenn Sie das kleinreden. Unsere Kinder haben uns geschützt. Den Kindern hat das mit der Maske gar nicht so viel ausgemacht wie anscheinend Ihnen. Aber wir müssen ihnen im Nachhinein danken und alles, wo wir Probleme hatten, vermehrt umsetzen.

Klar hatten wir mehr aufgetretene Fälle. Aber fragen Sie doch mal in Ihren Bezirkskliniken nach: Das kam auch dadurch, dass die Kinder mehr bei den Eltern waren und die Eltern dadurch ihre Achtsamkeit gesteigert haben und stärker aufgefallen ist, wo das Kind Probleme hat.

Wenn wir über das Vereinsleben reden: Die Kinder und Jugendlichen, die zuvor in Vereinen waren und vernetzt waren, hatten es in dieser Pandemie viel leichter. Uns ist zum ersten Mal aufgefallen, wer nicht vernetzt ist. Die müssen wir abholen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit!

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Bloß mit dem Finger zu zeigen und die zweite Lehrstunde abzuhalten, bringt uns wirklich nicht weiter. Es geht nur mit der kommunalen Familie, mit der ärztlichen Familie und gemeinsam. Schimpfen bringt nichts, weil Kinder das überhaupt nicht mögen, wenn man sie bloß beschimpft, sondern sie wollen, dass man zusammenarbeitet. Vielen Dank an die Kinder!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kindheit und die Jugend prägen einen für das ganze Leben: Klassenfahrt, Schüleraustausch, Partys, der erste Kuss, viele gemeinsame Erlebnisse, prägende Erinnerungen.

Doch wovon werden die Erinnerungen der jetzigen jungen Generation geprägt sein? – Abstand, Alleinsein, Angst. Das sollten nicht die zentralen Erinnerungen an die Kindheit sein. Wir müssen unseren Kindern deshalb wieder mehr Optimismus, mehr Mut, mehr Respekt und Offenheit und auch mehr Selbstvertrauen und Selbstsicherheit mitgeben. Das ist unsere ganz entscheidende Aufgabe für die Zukunft in unserem Land. Das braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Daher muss ich hier etwas sagen zu den Wortmeldungen gerade der CSU-Fraktion, Herr Enghuber, Frau Brendel-Fischer. Es ist nicht alles so dramatisch. – So ungefähr war das Credo. – Es läuft doch schon einiges. – Damit können wir nicht zufrieden sein. Da schließe ich mich dem Kollegen Gotthardt an. Das möchte ich an dieser Stelle hervorheben. Ich bin gespannt, was Sie als Jugendpaket 2.0 bringen werden. Ich biete Ihnen gerne an: Was die FDP-Fraktion gestern in der Pressekonferenz präsen-

tiert hat, können Sie sich gern mit zum Vorbild nehmen; denn es geht um die richtige Sache. Da sollten wir bei den entscheidenden Punkten gemeinsam an einem Strang ziehen.

Ich muss aber auch festhalten, was hier in Bayern bislang unter dem Titel "gemeinsam.Brücken.bauen" verkauft wird, das ist leider nicht kraftvoll – das ist kraftlos. 20 Millionen Euro – das können wir bei 1,6 Millionen Schülern leicht überschlagen: Das bedeutet 12,50 Euro pro Kopf. Damit wird keine Brücke, sondern nur eine Attrappe gebaut. Da ist die nächste Enttäuschung schon vorprogrammiert nach den ganzen Enttäuschungen, die wir schon hatten.

Das große Versprechen wurde angesprochen: dass Schulen zuletzt schließen und zuerst wieder öffnen. Die Generation, die für sich die geringsten Risiken getragen hat, hat durch die Maßnahmen für andere die größten Lasten getragen. Da ist ein Lastenausgleich überfällig. Ich bin der Meinung, der Respekt vor der jungen Generation muss sich ganz klar an der Qualität unserer Bildungseinrichtungen erkennen lassen, nicht nur durch kurzfristige Programmchen, um Lücken zu schließen, sondern durch eine neue, langfristige, solide Finanzierungsbasis, zum Beispiel für unsere Schulen durch Bildungsgutscheine. Ich bin der Meinung, die müssen transparent und auch an den sozialen Gegebenheiten orientiert organisiert werden.

Wenn man das Ganze auf den Ganzttag bezieht, dann müssen wir klar festhalten, dass wir nicht so ambitionslos sein dürfen wie das, was jetzt vom Bund kommt. Denn der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz sollte nicht zum Ende des Jahrzehnts langsam mal eingeführt werden, sondern so schnell wie möglich und mit einer Qualität so gut wie möglich. Das sollte die zentrale Zielgröße sein.

Wenn wir die Schulen zusätzlich noch – das ist mir als Liberalem immer ganz wichtig – mit mehr Freiheit und Verantwortung ausstatten und alte, starre Strukturen aufbrechen, dann können wir die Schulen selbst zum Innovationsmotor für die Zukunft machen, zu Freigestalterschulen, die mit individuellen Angeboten, mit modernen Inhalten,

mit modernen Methoden und mit den bestmotivierten Lehrkräften für unsere Schülerinnen und Schüler sorgen.

Für die junge Generation erwarte ich mir deshalb mehr Mut zu Reformen. Nur so kann aus der Krise auch eine Chance werden. Denn es gibt so viel, was wir mitnehmen können. Wenn wir Digitalisierung nicht einfach nur als Episode sehen, die wir nutzen mussten, um irgendwie Distanz- oder Wechselunterricht zu organisieren, sondern wir sehen, was wir da für die Zukunft mitnehmen können an neuen adaptiven Lernmethoden und an neuen Chancen, eine Herausforderung, die wir annehmen müssen, dann können wir das auch zu einer Zukunftschance machen. Denn Investitionen in die Bildung sind die zentralen Zukunftsaufgaben eines Landes, wie Bayern es ist. Vieles wird dabei sicherlich nicht von heute auf morgen möglich sein. Aber genau deshalb müssen wir doch deutlich weiter denken als bis zur nächsten Wahl.

Das betrifft nicht nur das Thema Schule. "Nachhaltigkeit" ist da generell das Stichwort. Das geht von Fragen des Umweltschutzes bis hin zu Fragen der Staatsfinanzen. Da liegen große Aufgaben vor uns: Klimaschutz, aber zum Beispiel auch die Schuldenbremse, die wir einhalten und erhalten müssen. Denn am Ende geht es um eine Sache: die Ressourcen für kommende Generationen zu schonen und zu erhalten. Wenn wir der Jugend eine stärkere Stimme und mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung geben, dann werden solche Fragen mehr Gewicht bekommen. Da bin ich mir sehr sicher.

Da geht es zum Beispiel darum, dass wir nicht nur Jugendparlamente vor Ort fördern. Wo ist denn die Frau Kollegin Schmidt? Genau das hat die FDP damals, als wir an der Regierung waren, in einem Antrag gefordert: dass wir da vor Ort mehr Informationen organisieren. Ich nenne die Drucksache 16/16013 aus der damaligen Wahlperiode. Da können Sie gerne nachschauen. Wir waren da aktiv. Wir haben auch die Kinderkommission eingerichtet usw.

Das sind aber alles nur erste Schritte. Mehr Jugendbeteiligung auch im Bayerischen Landtag. Ein Wahlrecht mit 16 Jahren ist überfällig. Lassen Sie uns gemeinsam für die Perspektiven für Kinder und Jugendliche arbeiten. Freiheit, Zukunft, Mitbestimmung – darum soll es gehen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin: die Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Pandemie hat uns in den letzten Monaten vor große Herausforderungen gestellt. Gerade Familien standen und stehen unter einem andauernden Stress-Test, bei dem der normale Alltag, die Berufstätigkeit der Eltern, vielleicht die Pflege im Haus, aber auch der Unterricht der Kinder wochenlang gestemmt und bewältigt werden mussten. Wenn wir heute von Heldinnen und Helden sprechen: Familien, Alleinerziehende, Mütter, Väter, Großeltern haben auch in dieser Zeit Wunderbares für ihre Kinder geleistet. Ich glaube aber auch, dass wir Arbeitgeber loben sollten, die die Durchführung der Aufgabe, die Väter und Mütter gestemmt haben, ermöglicht haben und die hier ganz Großes geleistet haben.

Aber wir können mit der Pandemie nicht verhandeln, sondern sie nur durch ein Bündel an Maßnahmen weiter einzudämmen versuchen. Die Belange der Kinder und Jugendlichen und damit auch Schulen, Kindertagesstätten und darüber hinaus haben für uns eine hohe Priorität. Deswegen haben wir bei Beginn der zweiten Welle im Herbst im Sinne des Infektionsschutzes versucht, diese so lange wie möglich offen zu halten. Bei dem im November 2020 beschlossenen Lockdown light blieben die Schulen im Präsenzbetrieb und auch die Kindertagesstätten unter Hygieneauflagen weiter offen. Sie dürfen gerne nach Irland, Großbritannien oder in andere Länder schauen, was das teilweise für Konsequenzen hatte.



Eine verlässliche Kinderbetreuung – das haben wir auch aus der ersten Welle gelernt – war wichtig. Eine flexible und großzügige Notbetreuung sollte den Eltern bei Bedarf unbürokratisch ermöglicht werden. Vor allem Kinder, die bereits in der Erziehungshilfe waren, konnten diese bedingungslos in Anspruch nehmen, aber auch Kinder mit Einschränkungen oder Behinderungen.

Zu einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gehören nicht nur ein geregelter Kita- und Schulbetrieb, sondern natürlich auch vielfältige Freizeitmöglichkeiten. Sie sind unabdingbar für ihre Entwicklung. Auch hier war es wichtig, wieder eine gewisse Struktur zu schaffen, nachdem Kinder und Jugendliche ihre Freundinnen und Freunde lange nicht treffen konnten und die Möglichkeiten, zu spielen und sich draußen zu treffen, eingeschränkt waren.

Nun ist endlich Sommer. Die Infektionszahlen sind so niedrig wie schon lange nicht mehr. Das lässt darauf hoffen, dass unser Leben wieder mehr Normalität gewinnen kann und dass wir einen guten Sommer erwarten können. Wir können baden gehen und in den Urlaub fahren. Kinder und Jugendliche können einfach wieder Kinder und Jugendliche sein.

Es ist wichtig zu sagen, dass diese Entwicklung kein Selbstläufer war, sondern das Ergebnis von Umsicht und Vorsicht ist. Hier geht es nicht darum, wer am lautesten schreit und die meisten Forderungen stellt, sondern was in der Pandemie vertretbar ist.

Schauen wir uns doch einmal genauer an, was wir hier in Bayern vorweisen können. Die Hilfs- und Unterstützungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe sind für Familien und ihre Kinder in Krisenzeiten wichtiger denn je. Es gibt weiterhin Angebote für Hilfen zur Erziehung und ambulante Angebote, aber auch Erziehungsberatung. Auch die bayerischen Jugendämter haben in dieser Krise Großes geleistet durch die bedarfsgerechte Unterstützung von Familien in Kooperation mit den freien Trägern der Jugendhilfe, die sehr verantwortungsvoll agiert haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, einige aus der Kinderkommission haben schon vor mir gesprochen. Erinnern wir uns einmal an unseren Besuch im Oktober 2020 bei der Bundeskinderkommission. Dort wurde gesagt, dass ein Drittel der Kinder, die schon im Fokus waren und die besonders gefördert wurden, gut durch die Krise gekommen ist, ein Drittel sogar besser und dass man sich auf ein Drittel fokussieren muss. Das darf man nicht außer Acht lassen.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe konnten und können ihre Leistungen unter Beachtung der aktuellen Geschehnisse vor Ort durchgehend auch in Präsenz erbringen. Die Beratung konnte und kann im persönlichen Kontakt erfolgen. Niedrigschwellige Unterstützungsangebote waren vorhanden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns doch einmal an: 120 Hauptstandorte der Erziehungsberatungsstellen sollen weiterhin gestärkt werden. Aufsuchende Hilfe soll gezielt dort gestärkt werden, wo sich Kinder und Familien aufhalten. Wir beginnen 2021 mit einem Stellenausbau. Wir bauen ein flächendeckendes Netzwerk der Kinder- und Jugendarbeit auf. Wir haben 120 interdisziplinäre Koordinierende Kinderschutzstellen – 120! Das macht uns kein anderes Bundesland nach. Wir haben 180 Erziehungsberatungsstellen und wollen bis nächstes Jahr weitere 90 Stellen schaffen.

Es ist sehr angenehm, auch einmal über den Tellerrand hinauszuschauen. Wir haben mit der Bayerischen Kinderschutzambulanz in München, die seit zehn Jahren besteht, etwas, was mit nichts anderem in Deutschland vergleichbar ist. Sie ist schon etwas ganz Besonderes.

Wir haben virtuelle Beratungsstellen ausgebaut. Wir haben das E-Learning-Angebot für Eltern und – wir haben schon über Kinderschutz gesprochen – eine telemetrische Videoplattform "remed online" geschaffen, mit der Hervorragendes geleistet wird.

Die Kollegin Brendel-Fischer hat es schon angesprochen: Wir haben Jugendsozialarbeit an Schulen. Mit diesem Programm haben wir die niedrigschwellige Erreichbarkeit

von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Kindern geschafft. Hier haben wir seit März 2020 andere Rahmenbedingungen. Es gibt Möglichkeiten, in der Pandemie auch persönlichen Kontakt aus der Schule heraus zu schaffen. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, die diese Maßnahmen unterstützt und begleitet haben, ein großes Dankeschön aussprechen. In diesem Bereich schaffen wir 70 zusätzliche Stellen.

Der Gesundheitsbereich ist wichtig. Deswegen danke ich ganz besonders unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der das Thema Kindergesundheit in der letzten Gesundheitsministerkonferenz ganz oben angestellt und signalisiert hat, hier einen weiteren Schwerpunkt zu setzen. Auch wir vonseiten der Kinderkommission freuen uns schon auf die Zusammenarbeit.

Auch haben wir uns in der Jugendarbeit gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring, der Katholischen Landjugendbewegung und der Bayerischen Sportjugend eng ausgetauscht und Maßnahmen in die Wege geleitet. Auch hier konnten neben dem Sport gemeinsame außerschulische Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche stattfinden.

Wir von der Kinderkommission haben uns während der Pandemie regelmäßig informiert bzw. den Austausch gesucht. Wir haben am 8. Juli eine Kinderrunde in der Kinderkommission, in der wir mit Kindern sprechen.

Auch der Ministerpräsident hat dies bereits im März getan, nämlich in einem virtuellen Gipfel mit Kindern und Jugendlichen. Das war ein erster Schritt zur Beteiligung. Im Nachgang wurde unter anderem verkündet, dass wir 40 Millionen Euro für Bildungsangebote und Jugendarbeit investieren wollen. Das ist ein wichtiges Ergebnis für den Bereich der Kinder und Jugendlichen. Wir wollen zusätzliche Ausbildungsakquisiteure an Land ziehen, um in jedem Regierungsbezirk den Übergang von Schule in Ausbildung sicherzustellen. Auch wenn der Begriff "digitale Streetworker" vielleicht ganz wit-

zig klingt: 200 Stellen und die Maßnahme, Kinder dort abzuholen, wo sie oft unterwegs sind, sowie der digitale Hackathon und vieles mehr waren wichtig.

Kommen wir zur Beteiligung. Ohne Zweifel können wir, wie wir es schon getan haben, immer wieder über das Wahlalter mit 16 Jahren reden. Aber ich meine, das Wahlalter und das Recht auf Partizipation sind zwei paar Stiefel. Die Staatsregierung sucht verstärkt nach Möglichkeiten und Formen, um in den direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen zu kommen. Wir nehmen alle ihre Sorgen und Nöte sehr ernst.

Was gibt es in Bayern dazu schon? Das wird immer gern unter den Tisch gekehrt. – Es gibt ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Partizipation, nicht nur die politische Beteiligung, sondern insgesamt die Beteiligung in allen Lebensbereichen der Kinder und Jugendlichen, im Lebensort Familie, im Bereich der Kindertagesbetreuung, in der Schule sowie im öffentlichen und digitalen Raum, aber auch in Freizeit und Natur. Dieses Gesamtkonzept ist ein Herzensanliegen unserer Sozialministerin Carolina Trautner und wird im dritten Quartal dieses Jahres fertiggestellt werden. Auch hier haben wir sicherlich wieder viele Möglichkeiten, das genau zu betrachten. Wir tauschen uns dazu mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis und natürlich auch mit Kindern und Jugendlichen aus.

Überhaupt haben wir hier in Bayern eine bundesweit einzigartige Jugendarbeit, an die wir bei der Partizipation anknüpfen wollen. So befassen sich von Jugendorganisationen gewählte Gremien des Bayerischen Jugendrings mit Aufgaben, die in anderen Ländern von staatlichen Behörden ausgeführt werden. Der Kollege Matthias Enghuber hat schon gesagt: Gerade hier haben wir mit Mitteln des Kinder- und Jugendprogramms zur Stärkung der außerschulischen Partizipation mit dem Bayerischen Jugendring einiges erreicht. Auch auf kommunaler Ebene gibt es Jugendparlamente. Bereits fast jede Gemeinde hat einen Jugendbeauftragten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn wir nicht genau wissen, was uns im Herbst erwartet, haben wir schon viele Maßnahmen zukunftsweisend vorbereitet.

Wenn es um Kinder und Jugendliche geht, hört unsere Arbeit nie auf. Wir alle sind immer wieder gefordert, noch besser zu werden und noch mehr zu tun.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Die Jugendstudie der TUI Stiftung ergab, dass zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland optimistisch in die Zukunft schauen und dass sich über 80 % der Jugendlichen an die Corona-Regeln gehalten und damit eine schnelle Bewältigung der Pandemie ermöglicht haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist beendet.